

Entspannung in der Taiwanstraße?

Aus Publikationen taiwanesischer Denkfabriken in der zweiten Jahreshälfte 2008

Oliver Bräuner / Janka Oertel

Nach den Wahlen in Taiwan 2008 und der Ablösung von Pekings »Erzfeind« Chen Shui-bian (Demokratische Fortschrittspartei – DPP) durch den China-freundlicheren Ma Ying-jeou (Kuomintang – KMT) bestand die Hoffnung, dass sich die Beziehungen zum Festland verbessern würden. Trotz abgemilderter Rhetorik und vertrauensbildenden Gesten der neuen Regierung Ma gibt die chinesische Führung jedoch der Forderung Taiwans nach mehr internationalem Spielraum nicht nach. Es bleibt also die Frage, ob sich die in Ansätzen erkennbare Entspannung der Beziehungen verstetigt oder ob das mangelnde Entgegenkommen Pekings den innenpolitischen Druck in Taiwan verstärkt und für neue Spannungen in der Taiwanstraße sorgt.

Chao Chun-shan, Professor am Institut für Chinastudien der Tamkang University, erkennt in seinem Artikel für die KMT-nahe *National Policy Foundation* Fortschritte in den beiderseitigen Beziehungen. Als Folge der Entspannungspolitik Mas habe China seine Taiwanstrategie geändert. Aus der Politik der friedlichen *Wiedervereinigung* sei die der friedlichen *Entwicklung* geworden. Taiwan und China seien an der Herbeiführung einer *win-win*-Situation insbesondere im wirtschaftlichen Bereich interessiert und sähen ihre Interaktion nicht länger als Nullsummenspiel an. Um künftig Missverständnisse zu vermeiden, schlägt Chao die Verstetigung und Verbesserung der Kommunikation zwischen Taipeh und Peking vor, etwa durch Intensivierung des Austauschs zwischen der »semi-offiziellen« *Association for Relations Across the Taiwan Strait*

(ARATS) und deren taiwanesischem Pendant, der *Straits Exchange Foundation* (SEF), deren Anbindung an die jeweilige Regierung zudem stärker institutionalisiert und professionalisiert werden solle.

Auch nach Ansicht von **Lin Chong-pin**, dem geschäftsführenden Vorsitzenden der unabhängigen *Foundation on International and Cross-Strait Studies* (FICS), trägt Mas China-politik erste Früchte. Wenn Peking sich mit der Propagierung des »Ein-China-Prinzips« zurückhalte, müsse Taiwan im Gegenzug seine »Republik-China-Rhetorik« dämpfen. Auf dieser rhetorischen Ebene hätten beide Seiten seit Mas Amtsantritt große Fortschritte gemacht, Taiwan sei seinen Ruf als internationaler Störenfried losgeworden.

Lin sieht daher die weitere Entwicklung der Beziehungen zu China optimistisch. Die durch Maßnahmen wie die kürzlich ein-

gerichteten direkten Linienflüge verstärkte Interaktion sei nicht nur wirtschaftlich von Nutzen: Chinesische Touristen bewundern an Taiwan vor allem die Freiheit seiner Einwohner und sein demokratisches Regierungssystem. Der Autor ist überzeugt, dass der touristische Austausch langfristig zur Demokratisierung Chinas beitragen wird.

Bislang wurden diese Direktflüge indes weniger häufig genutzt als erwartet, und die von Präsident Ma im Wahlkampf versprochenen positiven Auswirkungen der Annäherung an China auf die gebeutelte Wirtschaft Taiwans lassen auf sich warten.

Kritik der Opposition

Chao-hsieh Wu, ehemaliger Repräsentant Taiwans in Washington und Professor für Internationale Beziehungen an der National Chengchi University in Taipeh, warnt in einem Artikel für den der DPP nahestehenden *Taiwan Think Tank* vor einer zu schnellen Annäherung an China. Präsident Ma ist es seiner Meinung nach bislang nicht gelungen, die unterschiedlichen Ansichten zu harmonisieren und die Opposition in den politischen Prozess einzubinden. Dies schwäche die Verhandlungsposition Taiwans gegenüber China und erzeuge innenpolitischen Widerstand.

Die hastige Verfügung einseitiger Maßnahmen – darunter die Ausweitung direkter Flugverbindungen, die Anerkennung des »Konsenses von 1992« im Sinne der Formel »Ein China, unterschiedliche Interpretationen« – und die Verkündung eines »diplomatischen Waffenstillstands« durch die Ma-Regierung hatten laut Wu zahlreiche negative Konsequenzen für Taiwan. Zudem entstehe internationaler Eindruck, als betrachte die Regierung in Taipeh die Beziehungen zu China als »innerchinesische Angelegenheit« und stelle sie über die sonstigen auswärtigen Beziehungen. Dies bewirke einen Rückgang der internationalen Unterstützung für Taiwan. Eine solche De-Internationalisierung sei lediglich im chinesischen

Interesse. In der Opposition nähere die Intransparenz der Verhandlungen zwischen ARATS und SEF weiterhin großes Misstrauen, ebenso wie potentielle Geheimabsprachen zwischen KMT und KPCh.

Wiederaufleben der Einheitsfront?

Lin Cheng-yi, Experte für Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik am Institute of European and American Studies an der Academia Sinica in Taipeh, analysiert in einem Beitrag für das ebenfalls mit dem Taiwan Think Tank assoziierte *Peace Forum* die Chinapolitik und die Sicherheitsstrategie der Regierung Ma. Den Schlüssel zur derzeitigen Entspannung der Lage in der Taiwanstraße sieht auch Lin in der Anerkennung des »Ein-China-Prinzips« durch die neue KMT-Regierung. China müsse diese Geste Taipehs nun jedoch mit Zugeständnissen an Taiwans internationalen Spielraum erwidern. Unter einer DPP-Administration wäre die Bildung einer solchen »chinesischen Einheitsfront des Friedens« nicht vorstellbar. Lin Cheng-yi sieht in der Überwindung der offenen Feindschaft zwischen KMT und DPP die wichtigste Aufgabe der taiwanesischen Politik. Auf der Basis innenpolitischer Einigkeit könnte der Fokus auf inhaltliche Fragen verschoben werden, ließen sich notwendige Entscheidungen wie die Aufstockung der Verteidigungskapazitäten wirksam durchsetzen und die Beziehungen sowohl zu China als auch zu den USA und Japan verbessern.

In der Verteidigungspolitik setze die KMT-Regierung, wie zuvor die DPP-Regierung, auf eine Mischung aus resoluter Verteidigung und effektiver Abschreckung. Dazu gehöre auch die Stärkung der eigenen Verteidigungskapazitäten durch den Kauf amerikanischer Rüstungsgüter. Anfang Oktober 2008 hat die US-Regierung den Verkauf eines Waffenpakets im Wert von 6,5 Milliarden US-Dollar an Taiwan bekanntgegeben und ihren Willen bekräftigt, Taipeh auch in Zeiten der Entspannung in der Taiwanstraße militärisch zu unterstützen.

Die internationale Dimension

In einem Artikel für die *Taiwan Perspective* des *Institute for National Policy Research* macht derselbe Autor deutlich, dass sich Taiwan an einem schwierigen Punkt befindet: Die Zahl der diplomatischen Verbündeten liegt mit 23 nur noch knapp über dem historischen Tiefststand im Jahre 1971. Jeder weitere Verlust wäre ein schwerer Rückschlag für Taiwans jahrzehntelanges Streben nach internationaler Anerkennung. Die EU könne dabei als Unterstützerin Taiwans eine wichtige Rolle einnehmen.

Lin weist zuletzt auf einen zentralen Punkt hin: Die KMT habe das »Ein-China«-Prinzip anerkannt, die DPP jedoch nicht. Sollte Peking Zugeständnisse an eine kooperative KMT-Regierung machen, wäre es an diese auch im Falle eines Regierungswechsels in Taiwan gebunden – ein Risiko, das die zögerliche Haltung der Festlandchinesen gegenüber der Öffnungspolitik Mas erklären könnte.

Mehr diplomatischer Spielraum?

Xie Zhizhuan, wissenschaftlicher Mitarbeiter der *National Policy Foundation*, beschäftigt sich in einem Artikel vom Oktober 2008 mit der Frage des internationalen Spielraums Taiwans. Er sieht in der verstärkten Partizipation an internationalen Organisationen das wichtigste Anliegen der taiwanesischen Bevölkerung und die größte Herausforderung in den Beziehungen zum chinesischen Festland. In diesem Bereich seien die Erwartungen in Taiwan seit dem Amtsantritt Ma Ying-jeous besonders hoch. Wichtigster Prüfstein sei hierbei der von Taiwan gestellte Antrag auf Zuerkennung eines Beobachterstatus bei der World Health Assembly im Mai 2009. Sollte der Antrag am Widerstand Pekings scheitern, könnte dies die Kritiker der Aussöhnungspolitik Mas in Taiwan stärken und der rivalisierenden DPP und der Unabhängigkeitsbewegung Auftrieb geben. Peking scheint

unschlüssig, wie es mit diesem Dilemma umgehen soll.

Präsident Ma Vorschlag, eine Mitgliedschaft Taiwans in den Sonderorganisationen der Vereinten Nationen (VN) anzustreben, sei ein guter Kompromiss, da er den Alleinvertretungsanspruch der Volksrepublik nicht anfechte. Die Mitgliedschaft in Sonderorganisationen bringt nicht nur materielle Vorteile mit sich, sie kann schrittweise auch Legitimität begründen. Entitäten wie De-facto-Regime (z.B. Taiwan), die Mitglied einer oder mehrerer Sonderorganisationen sind, können unter Berufung auf die sogenannte Wiener Formel ohne VN-Vollmitgliedschaft eine Einbeziehung in weitere Aktivitäten der Weltorganisation einfordern. Über diesen Umweg erreichte auch die Bundesrepublik Deutschland vor Klärung der deutschen Frage eine engere Anbindung an die internationale Gemeinschaft.

Obwohl sie auf den alljährlichen Antrag auf Vollmitgliedschaft in den Vereinten Nationen verzichtete, scheiterte die Regierung Ma mit ihrer Strategie schon an der ersten Hürde: Der Antrag auf Partizipation an den VN-Sonderorganisationen schaffte es nicht einmal auf die Agenda der 63. Generalversammlung.

Deutsches Modell für Taiwan?

Tang Shao-cheng, Deutschlandexperte am Institut für Internationale Beziehungen der National Chengchi University in Taipeh, analysiert in einem Beitrag für die *National Policy Foundation* die deutsche Ostpolitik der Regierung unter Bundeskanzler Willy Brandt im Hinblick darauf, ob sie Modellcharakter für Taiwans Chinapolitik haben könnte. Sein Befund ist eindeutig: Aus historischen Gründen eigne sich die für Brandt maßgebende »Dachtheorie« (Eine Nation, zwei Staaten) nicht zur Lösung der Taiwanfrage. Nur eine geeinte Nation könne im chinesischen Verständnis die Würde und den Wohlstand des Volkes garantieren. Dies schließe ein Mehrstaaten-

modell aus. Andere »2 in 1«-Modelle seien aber denkbar, etwa eine (kon-) föderative Lösung. Momentan könnten sich beide Seiten lediglich auf die kreative Unschärfe des »Konsenses von 1992« einigen.

Die im deutschen Grundlagenvertrag vereinbarte Zurückstellung von Identitätsfragen im Sinne eines »we agree to disagree«, wie sie sich auch im »Konsens von 1992« in Ansätzen wiederfindet, könne als Vorbild dienen. Eine Aufgabe des Alleinvertretungsanspruches Pekings hält Tang für unrealistisch.

Manche Aspekte der deutschen Ostpolitik sind laut Tang gleichwohl direkt übertragbar. Das gilt insbesondere für Maßnahmen zur Bildung von Vertrauen zwischen den Streitkräften. Die Vertrauensbildung werde zwar eine Weile dauern, für die Zukunft kann sich Tang aber durchaus gemeinsame Manöver von kommunistischen und KMT-Truppen (sic!) vorstellen.

Tatsächlich hat ein gemeinsames Manöver zur Seenotrettung bereits im Oktober 2008 in den Gewässern zwischen der chinesischen Provinz Xiamen und der taiwanesischen Insel Kinmen stattgefunden. Verstärkter Austausch und vertrauensbildende Maßnahmen dieser Art könnten die Stabilität in der Region graduell verbessern.

Fazit

Unter den verschiedenen Autoren besteht wenig Einigkeit über die Erfolgsaussichten der Außenpolitik von Taiwans neuem Präsidenten Ma. Auch wenn in allen Beiträgen betont wird, dass eine Entspannung der taiwanesisch-chinesischen Beziehungen notwendig sei, gehen die Meinungen über das Ausmaß der Kooperation und der taiwanesischen Zugeständnisse auseinander. Der Tonfall der Artikel, die aus dem gesamten Spektrum der in Taiwan vertretenen politischen Richtungen ausgewählt wurden, ist überwiegend optimistisch.

Sollte die Volksrepublik China insbesondere Taiwans Forderung nach erweitertem internationalem Spielraum weiterhin un-

nachgiebig zurückweisen, könnten in der Taiwanstraße schnell neue Spannungen entstehen. Die Gewährung des Beobachterstatus in der World Health Assembly 2009 wird von der taiwanesischen Seite als Lackmustest für eine Verbesserung der Beziehungen zu China betrachtet.

Besprochene Aufsätze

Chao Chun-shan, »Fei linghe – liang an huli shuangying« [Kein Nullsummenspiel – Eine win-win-Situation für beide Seiten der Taiwanstraße], <www.npf.org.tw> (3.11.2008)

Lin Cheng-yi, »Waijiao yu guofang de chongjian« [Der Wiederaufbau der taiwanesischen Außen- und Verteidigungspolitik], <www.peaceforum.org.tw> (20.10.2008)

Lin Cheng-yi, *Diplomatic Truce for China and Taiwan?*, Taipei: Institute for National Policy Research (Taiwan Perspective Nr. 132), <www.tp.org.tw> (31.7.2008)

Lin Chong-pin, »Chaoyue liang an guanxi de mangdian« [Das Verlassen des toten Winkels in den Beziehungen zwischen China und Taiwan], <www.fics.org.tw> (18.7.2008)

Tang Shao-cheng, »Deguo moshi yu liang an guanxi« [Das Deutsche Modell und die Beziehungen in der Taiwanstraße], <www.npf.org.tw> (5.9.2008)

Wu Chao-hsieh, »Chen Yunlin lai Tai yu dui Zhong zhengce jiantao« [Eine kritische Betrachtung des Taiwan-Besuchs von Chen Yunlin und der taiwanesischen Chinapolitik], <www.taiwanthinktank.org> (20.10.2008)

Xie Zhizhuan, »Yi min wei ben« de neihan – jie jue Taiwan canyu guoji zuzhi de chufadian« [Der Bedeutungsgehalt von »Das Volk ist die Grundlage« – Ausgangspunkt für die Regelung der Partizipation Taiwans an internationalen Organisationen], <www.npf.org.tw> (31.10.2008)

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2009
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6380